

Die dritten Parlamentswahlen in Kambodscha

RAIMUND WEISS

Einleitung

Das Jahr 2003 stand in Kambodscha ganz im Zeichen der dritten Parlamentswahlen, die den Prozess der Friedenskonsolidierung nach dem Ende des langjährigen Bürgerkrieges von 1970 bis 1991 fortsetzen sollten. Bisher hatten in den Jahren 1993 und 1998 Parlamentswahlen stattgefunden. Eine politische Stabilisierung und Demokratisierung des vom Bürgerkrieg und Massenmord der Roten Khmer zerstörten Landes bewirkten diese jedoch nicht. Für die internationale und kambodschanische Öffentlichkeit stellten sich erneut die zentralen Fragen: Wie werden die dritten Parlamentswahlen in Kambodscha verlaufen? Wird es demokratische Wahlen geben? Kommt es zu einer neuen politischen Krise wie bei den vergangenen Parlamentswahlen? Wie reagieren die Wahlverlierer auf die Wahlergebnisse? Im Folgenden sollen Antworten auf diese Fragen gegeben und aufgezeigt werden, dass Parlamentswahlen in Kambodscha und der damit zusammenhängende politische Wettbewerb zwischen den ehemaligen Bürgerkriegskontrahenten eine konfliktorientierte Politik um die Regierungsbildung förderten und damit den Friedenskonsolidierungsprozess erneut gefährdete. Das Wahljahr 2003 war ein von Gewalt überschattetes politisches Krisenjahr für Kambodscha.

Der Wahlkampf

Das Wahljahr 2003 stand für Kambodschas ehemalige Bürgerkriegsparteien unter keinen guten politischen Vorzeichen. Am 27. Januar wurden bei anti-thailändischen Ausschreitungen die thailändische Botschaft und siebzehn thailändische Unternehmen in Brand gesteckt und zum Teil gänzlich zerstört. Eine Person wurde bei den Ausschreitungen getötet. Studenten hatten gegen Thailand demonstriert, nachdem eine populäre thailändische Schauspielerin erklärt haben soll, dass die Tempel von Angkor, das wichtigste kul-

turelle und politische Identifikationssymbol Kambodschas, eigentlich zu Thailand gehört, und sie nur nach Kambodscha reise, wenn dies anerkannt werde. Kambodschanische Sicherheitskräfte gaben später an, dass sie nicht mit einer Eskalation der Demonstrationen gerechnet und darum erst sehr spät der Zerstörungs- und Verwüstungswut der Demonstranten Einhalt geboten hätten. Die thailändische Regierung setzte in der Folge Teile ihrer militärischen Streitkräfte in Alarmbereitschaft und ließ Staatsbürger mit Militärhubschraubern aus Kambodscha ausfliegen. Die Grenzen zu Kambodscha wurden geschlossen und deren Wiedereröffnung an die Bedingung geknüpft, eine Erklärung für die Demonstrationen zu liefern und Reparationszahlungen für den entstandenen Schaden zu leisten. Handel und Arbeitsmigration zwischen Kambodscha und Thailand kamen für mehrere Wochen zum Erliegen.¹ Eine Klärung der Urheber, Motive und Hintergründe der Ausschreitungen steht bis heute aus. Zwar wurden rund fünfzig Studenten verhaftet, die an den Demonstrationen teilgenommen hatten. Der Großteil von ihnen ist aber von König Sihanouk nach wenigen Monaten Haft begnadigt worden, ohne dass in der Öffentlichkeit bekannt wurde, ob es sich bei den anti-thailändischen Ausschreitungen nun um eine konzertierte politische Aktion oder lediglich um spontane Studentenproteste gehandelt hatte.²

Im selben Zeitraum verursachte der aus China kommende und bisher unbekanntes Grippevirus SARS Rückgänge bei den Touristenzahlen. Hinzu kam, bedingt durch die weltweit schlechte Wirtschaftslage, ein Rückgang in der Textilproduktion. Diese gilt neben dem Tourismus als das wichtigste Zugpferd der kambodschanischen Wirtschaft. Unzählige Textilarbeiterstreiks im Monat Juni, bei welchen ein Textilarbeiter und ein Polizist zu Tode kamen, und der ungeklärte Brand einer Textilfabrik verschärfen das innenpolitische Klima. Auch Lehrgewerkschaften streikten und protestierten, nachdem über ein Jahr kein Lohn mehr ausbezahlt worden war. Im Rückblick ging das Wirtschaftswachstum im Jahr 2003 deutlich zurück. Die Anbindung der Landeswährung Riel an den US-Dollar verschärfte die Wirtschaftslage. Der US-Dollar gilt als wichtigstes Zahlungsmittel in Kambodscha. Dieser verlor jedoch im Frühjahr 2003 deutlich an Wert und hatte damit auch eine Entwertung der Landeswährung Riel zufolge. Ein Rückgang der Konsumkraft und eine Senkung des Lohnniveaus der kambodschanischen Bevölkerung war zu verzeichnen.³

¹ Vgl. The Mirror, No. 302, 2.–8.2.2003, in: www.ngoforum.org (wöchentlicher kambodschanischer Pressespiegel in englischer Sprache (Hrsg. Norbert Klein))

² Vgl. Phnom Penh Post, Vol. 12, No. 4, 14.–17.2.2003, in: www.phnompenhpost.com

³ Vgl. The Mirror, No. 346, 7.–13.12.2003, a. a. O.

Mit dem Herannahen der Parlamentswahlen am 27. Juli 2003 belasteten nunmehr auch ungeklärte Mordfälle die Regierungskoalition von CPP (Cambodian Peoples Party) und FUNCINPEC (National United Front for an Independent, Neutral, Peaceful and Cooperative Cambodia). Am 19. Februar 2003 wurde ein enger Politberater des FUNCINPEC-Parteiführers Norodom Ranariddh in Phnom Penh auf offener Straße erschossen. Norodom Ranariddh erklärte am darauf folgenden Tag der Presse: ‚Das war ein politischer Mord‘. Das von der CPP dominierte Innenministerium erklärte demgegenüber, dass es sich um einen Raubüberfall gehandelt habe und ein politisches Motiv für den Mord nicht zu erkennen sei.⁴ Bereits vor diesem Mordfall hatte die Ermordung eines prominenten Mönches bei der FUNCINPEC und der oppositionellen Sam Rainsy Partei (SRP) für Empörung gesorgt. Dieser hatte sich für eine Beteiligung von Mönchen bei den Parlamentswahlen ausgesprochen. Die Oberpatriarchen der buddhistischen Gemeinschaft Kambodschas, Bukri und Tep Vong, gaben demgegenüber die öffentliche Empfehlung, dass buddhistische Mönche nicht an den Parlamentswahlen teilnehmen sollen. SRP und FUNCINPEC warfen daraufhin den Oberpatriarchen vor, parteiisch zugunsten der CPP zu sein. Sie rechneten mit einem starken Rückhalt bei Kambodschas 50.000 buddhistischen Mönchen.⁵ Die Mordserie setzte sich von Januar 2003 bis zum Wahltag am 27. Juli fort. Insgesamt wurden während der Vorwahlzeit und des offiziellen Wahlkampfs 31 Personen ermordet. Darunter waren zwei Richter, ein Rechtsprofessor, Kommunalpolitiker und Parteiaktivisten von CPP, SRP und FUNCINPEC.⁶ Die Atmosphäre der Gewalt war im Vergleich zu den vergangenen Parlamentswahlen von nationalen und internationalen Beobachtern zwar als weniger ausgeprägt beurteilt worden, dennoch hatte das zunehmende Morden die politische Polarisierung zwischen den ehemaligen Bürgerkriegskontrahenten weiter verschärft und bei Teilen der kambodschanischen Bevölkerung die Angst vor einer politischen Destabilisierung verstärkt. Nur wenige Mordfälle sind vom Innenministerium aufgeklärt worden.⁷

⁴ Vgl. The Mirror, No. 304, 16.–22.2.2003, a. a. O. und Phnom Penh Post, Vol. 12, No. 5, 28.2.–13.3.2003, a. a. O.

⁵ Vgl. Phnom Penh Post, Vol. 12, Nr. 11, 23.5.–5.6.2003, a. a. O. und The Mirror, No. 322, 22.6.–28.6.2003, a. a. O.

⁶ Vgl. COMFREL (Cambodian Committee for Free and Fair Elections): Pre-Election Assessment Joint Statement, 25.7.2003, in: http://www.bohchnout.info/PDF_Files/25-07-03_COMFREL-NICFEC.pdf

⁷ Vgl. ADHOC, COMFREL, NICFEC, CYC (kambodschanische Menschenrechts- und Wahlbeobachterorganisationen): Joint Statement on Concerns of Violence during the First Five Days of Election Campaign 2003, in: <http://cambodia.ahrchk.net/mainfile.php/news/200307/666/>

Dem folgte eine zunehmend aggressivere Wahlkampfrhetorik, welche sich besonders gegen die dominierende ex-kommunistische Regierungspartei CPP unter Premierminister Hun Sen richtete. Während diese die Errungenschaften der Regierung seit 1998 mit Verweis auf die zahlreichen neuen Schulen, Straßen und Brücken hervorkehrte, griff die Königspartei FUNCINPEC ihren Regierungspartner CPP mit persönlichen Angriffen, Korruptionsvorwürfen, Misswirtschaft und rassistischen Ressentiments gegen den östlichen Nachbarn Vietnam an. Die Oppositionspartei SRP folgte der Argumentation der FUNCINPEC. Da die CPP nur mit Hilfe der vietnamesischen Regierung im Jahr 1979 an die Macht kam und eine zehnjährige Besetzung Kambodschas durch Vietnam gewähren ließ, hatte sich die CPP auch dieses Mal gegen den Vorwurf zu verteidigen, eine illegale Besiedlungs- und Ausbeutungspolitik zugunsten Vietnams zwischen 1979 und 1991 betrieben zu haben. Demgegenüber betonte die CPP, dass nur mit Hilfe Vietnams die Schreckensherrschaft der Roten Khmer im Jahr 1979 beenden werden konnte, bei welcher nach jüngsten Schätzungen bis zu 1,7 Millionen Menschen ermordet wurden. SRP und FUNCINPEC erkannten zwar die Befreiung von den Roten Khmer an, wenn auch mit dem Vorbehalt, dass Vietnam in der Folge zehn Jahre Kambodscha besetzte und führende Mitglieder der CPP wie Premierminister Hun Sen, Senatspräsident Chea Sim, Innenminister Sar Kheng und Finanzminister Keat Chhon selbst Mitglieder der Roten Khmer waren.⁸

Neben den nationalistisch geprägten Kampagnen der SRP und FUNCINPEC, welche insbesondere eine schärfere Bekämpfung der illegalen vietnamesischen Immigration und die Wahrung der territorialen Integrität Kambodschas forderten, sprachen sich die aus einer Studentenorganisation hervorgegangene rechts-oppositionelle Khmer Front Party und die SRP für eine Revision der Grenzvereinbarungen mit Vietnam aus, welche in den Jahren 1979 und 1985 während der vietnamesischen Besatzungszeit unterzeichnet worden waren. Der Präsident der Khmer Front Party erklärte, „alle Vietnamesen aus dem Land zu schmeißen“, wenn seine Partei die Wahlen gewinnen sollte.⁹ Bereits bei den Parlamentswahlen 1998 war es aufgrund nationalistisch-rassistischer Wahlkampfrhetorik zu anti-vietnamesischen Ausschreitungen mit mehreren Toten gekommen. Auf eine Allianz konnten sich die rechts-oppositionellen Kräfte für die bevorstehenden Parlamentswahlen jedoch nicht einigen. Vorstöße in diese Richtung von FUNCINPEC-Mitglied Prinzessin Vacheahra wurden abgelehnt. Demgegenüber kam es zu wechsel-

⁸ Vgl. Cambodia Daily, 18./19 Juli 2003, in: www.cambodiadaily.com und Phnom Penh Post, Vol. 12, No. 14, 4.–17. Juli 2003, a. a. O.

⁹ Interview mit dem Parteipräsidenten Mau Meoung Yat am 28.5.2003 in Phnom Penh/Kambodscha.

seitigen Parteiübertritten von FUNCINPEC- und SRP-Mitgliedern. Die CPP hingegen demonstrierte politische Einigkeit.¹⁰

Mit Beginn des offiziellen Wahlkampfes am 26. Juni 2003 reisten die Parteiführer von SRP, FUNCINPEC und CPP in die einzelnen Provinzen des Landes, um für ihre Politik Wähler zu gewinnen. In der Hauptstadt Phnom Penh zogen Karawanen von Lastwagen mit Lautsprechern und Parteiemblemen durch die Straßen. Großkundgebungen wurden abgehalten, Poster plakatiert, T-Shirts, Flugblätter und Geschenke wie Reis und Geld verteilt. Dennoch konnte nicht von einem fairen Wahlkampf gesprochen werden. In den Medien dominierte die CPP. Sie kontrollierte alle Fernsehstationen und die Mehrzahl der Radiostationen. Nur das staatliche Fernsehen und seine beiden Radiostationen sendeten während des offiziellen Wahlkampfes Wahlwerbung aller Parteien.¹¹ Die Printmedien, welche in Kambodscha als relativ frei gelten, spielten eine untergeordnete Rolle, da die landesweite Verteilung von Zeitungen nicht funktioniert und nur 10% der Bevölkerung Zeitung lesen.¹² An den Universitäten in Phnom Penh wurde der Wahlkampf verboten und von der CPP über ihre Studentenorganisationen kontrolliert.¹³

Wahlorganisation und Wahlsystem

Die Vorbereitungen für die Parlamentswahlen begannen Anfang 2003 mit der Aktualisierung der Wählerlisten auf der Grundlage der Listen der Kommunalwahlen 2002. Wegen des Bevölkerungswachstums und der gestiegenen Effizienz der Verwaltung konnten 2003 insgesamt 1,1 Millionen Wähler mehr registriert werden als bei den Parlamentswahlen 1998. Dennoch verlief der Registrierungsprozess nicht ohne Konflikte. Da sich die buddhistischen Oberpatriarchen gegen eine Wahlbeteiligung von Mönchen aussprachen, befürchteten SRP und FUNCINPEC, dass sich der Großteil der 50.000 kambodschanischen Mönche nicht für die Wahlen registrieren lassen werde. Einige Mönche sind einem Zeitungsbericht der Phnom Penh Post zufolge aus

¹⁰ Vgl. Phnom Penh Post, Vol. 12, No.8, 11.4.–24.4.2003 und Vol. 12, Nr. 9, 25.4.–8.5.2003, a. a. O.

¹¹ Weiss, R.: Elektronische Medien in Kambodscha – eine medienpolitische Analyse, Konrad-Adenauer-Stiftung, Phnom Penh, April 2003, S. 47

¹² The Asia Foundation: Democracy in Cambodia – A Survey on the Cambodian Electorate, Phnom Penh, Mai 2003, S. 100 ([http://www.asiafoundation.org/pdf/Democracy in Cambodia.pdf](http://www.asiafoundation.org/pdf/Democracy%20in%20Cambodia.pdf))

¹³ Weiss, R.: Cambodian University Students, Konrad-Adenauer-Stiftung, Phnom Penh, Juni 2003, S. 20

den buddhistischen Orden Kambodschas entlassen worden, nachdem sie sich der Empfehlung des Patriarchen widersetzen und an den Parlamentswahlen teilnahmen.¹⁴ Kritik übte auch die größte Wahlbeobachterorganisation Kambodschas COMFREL (Cambodian Committee for Free and Fair Elections). Sie beanstandete, dass rund 400.000 potentielle Wähler nicht registriert wurden.¹⁵ Diese hohe Zahl erklärte sich aber vorwiegend aufgrund des Sachverhaltes, dass bis heute nicht alle Staatsbürger Kambodschas weder einen Pass noch einen amtlich gemeldeten Wohnsitz haben. Für viele ist die Registrierung als Staatsbürger ein behördlicher Hürdenlauf, welcher mit hohen Gebühren verbunden ist. Dies gilt vor allem für die unbekannte Zahl an Bewohnern von Armutsvierteln in den größeren Städten des Landes. Teilweise wurden diese über mobile Wahlregistaturen erfasst. Internationale Organisationen und die Nationale Wahlkommission beurteilten dennoch den Wählerregistrierungsprozess weitgehend positiv, war es doch gelungen, den Kreis der Wahlberechtigten der heute 12 Millionen zählenden Bevölkerung Kambodschas beträchtlich zu erweitern. Insgesamt wurden 6.341.834 Millionen Wähler registriert, die, einem Bericht der EU zufolge, 94% der potentiell Wahlberechtigten Kambodschas entsprechen.¹⁶

Auch die Reform der Nationalen Wahlkommission, der bei den früheren Parlamentswahlen von Seiten der SRP und FUNCINPEC Parteilichkeit unterstellt worden war, zeigte Fortschritte. Die Nationale Wahlkommission (NEC) wurde von allen politischen Parteien als neutral und unabhängig wahrgenommen. Internationale Experten der EU und UNDP unterstützten diese bei der Organisation und Durchführung der Wahlen. Die Straffung des NEC auf fünf statt elf Mitglieder hatte auch effizientere Entscheidungsprozesse bewirkt.¹⁷ Demgegenüber blieb aber das Problem der Parteilichkeit der Wahlkommissionen auf der Ebene der Provinzen und Kommunen weiter ungelöst. Diese setzten sich wie bei früheren Parlamentswahlen vorwiegend aus Mitgliedern der amtierenden Regierungspartei CPP zusammen, was von COMFREL kritisiert wurde.¹⁸ Die EU bestätigte diesen Eindruck und forderte für die nächsten Parlamentswahlen eine Reform dieser nachgeordneten Wahlkommissionen.¹⁹

¹⁴ Vgl. Phnom Penh Post, Vol. 12, No. 21, 10.–23.10.2003, a. a. O.

¹⁵ Interview mit COMFREL-Direktor Koul Panha am 20.2.2003 in Phnom Penh

¹⁶ Vgl. EUEOM: Cambodia – Members of the National Assembly Elections, 27 July 2003 – EU Election Observation Mission, Final Report, in: http://europa.eu.int/comm/external_relations/human_rights/eu_election_ass_observ/cambodia03/, S. 12

¹⁷ Interview mit Sebastian Drans (EU-Berater des NEC) am 27.3.2003 in Phnom Penh

¹⁸ COMFREL: Pre-Election Assessment Joint Statement, 25.7.2003, a. a. O.

¹⁹ Vgl. EUEOM, a. a. O., S. 52

Für die Einteilung der Wahlkreise und die Zuteilung der in diesen zu gewinnenden Parlamentssitzen war, wie bei vergangenen Parlamentswahlen, eine von der Regierung ernannte und von der Nationalen Wahlkommission unabhängige Kommission zuständig. Im Unterschied zu den Wahlen 1998, bei denen 122 Sitze auf 20 Land- und vier Stadtwahlkreise verteilt worden waren, standen im Jahr 2003 123 Sitze zur Wahl. In der Provinz Oddar Maeanchey war aufgrund von Veränderungen der Bevölkerungszahl ein Parlamentssitz hinzugekommen. Ansonsten gab es gegenüber den vergangenen Parlamentswahlen keine Veränderungen.

Als nicht unproblematisch kann jedoch die Repräsentativität des geltenden Wahlsystems angesehen werden, sind doch in Kambodscha Wahlkreise und Provinzen prinzipiell deckungsgleich, obwohl die Größe der Bevölkerung in den einzelnen Provinzen stark variiert. Über die Zuteilung unterschiedlich großer Sitzkontingente soll ein Ausgleich erfolgen. Weiterhin erfolgt die Verteilung der Parlamentssitze nicht auf der Basis der nationalen, sondern der in den einzelnen Provinzen errungenen Stimmenanteile der Parteien. Provinzen mit einer sehr geringen Bevölkerungszahl bilden Einerwahlkreise und sind gegenüber Mehrmannwahlkreisen überproportional stark im Parlament vertreten. Insgesamt gibt es im Kambodscha neun solcher Einerwahlkreise, in denen die relativ stärkste Partei den einen Sitz gewinnt, während die Stimmen der anderen Bewerber, wie in einem Mehrheitswahlsystem üblich, unter den Tisch fallen. Im Endergebnis führt dies zu Verzerrungen zwischen den Stimmenanteilen und der Sitzverteilung im Parlament, die dem eigentlich geltenden Verhältniswahlrecht zuwider laufen. Die CPP hat von diesem Arrangement sicherlich profitiert, da sie in allen neun Einerwahlkreisen die Mandate erringen konnte. Hingegen hat die oppositionelle SRP trotz ihres höheren Stimmenanteils zwei Parlamentssitze weniger als die FUNCINPEC erhalten (vgl. Tabelle 1).

Von Seiten internationaler Experten wurde vor diesem Hintergrund bereits nach den Parlamentswahlen 1998 der Vorschlag gemacht, die kleinen Einerwahlkreise zu größeren Einheiten zusammenzufassen, um eine proportionalere Verteilung der Parlamentssitze zu erreichen.²⁰ Eine Änderung der Wahlkreise wurde während der Wahlvorbereitungen für die Parlamentswahlen 2003 jedoch von keiner Partei gefordert. Die Oppositionspartei SRP hatte erst nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse eine Wahlwiederholung in zwei Einerwahlkreisen gefordert, weil sie in diesen mit weniger als 500 Stimmen nur knapp den Sieg verfehlt hatte.²¹

²⁰ Gallup, Jeffrey, *Cambodia's Electoral System: A Window of Opportunity for Reform*, in: Croissant, Aurel, u. a.: *Electoral Politics in Southeast and East Asia*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Singapur, 2002. (www.fesspore.org/pub.htm), S. 59

²¹ Vgl. Webpage der Sam Rainsy Partei: www.samrainsy.org

Auch eine Reform des Verfahrens zur Verteilung der Restsitze und Reststimmen wurde bei den vergangenen Parlamentswahlen nicht gefordert. Bei einer Verhältniswahl entscheidet das Berechnungsverfahren darüber, welches Gewicht die Reststimmen für die endgültige Sitzverteilung haben. Je nach Berechnungsverfahren werden die kleinen bzw. die großen Parteien bevorzugen. Bisher hatte das angewandte d'Hondt-System die CPP begünstigt. Bei den Parlamentswahlen 1998 führte dies dazu, dass die SRP und FUNCINPEC die Wahlergebnisse nicht anerkannten. Eine monatelange Verzögerung der Regierungsbildung und Straßendemonstrationen mit mehreren Toten waren die Folge. Damals wurde das so genannte Quota-System, welches die SRP und FUNCINPEC in der Sitzverteilung begünstigt hätte, noch kurz vor der Wahl in das d'Hondt-System geändert, das der CPP Vorteile bot. SRP und FUNCINPEC gaben an, von der Nationalen Wahlkommission nicht über die Änderung des Berechnungsverfahrens informiert worden zu sein.²² Einschätzungen der EU-Wahlbeobachterorganisation zufolge hatte das d'Hondt-System bei den vergangenen Parlamentswahlen erneut die CPP begünstigt. Wäre ein die kleineren Parteien favorisierendes Verfahren wie das Hare-System zur Verteilung der Restsitze und Reststimmen angewandt worden, wäre die CPP nur auf 64 statt 73 Parlamentssitze gekommen, während die FUNCINPEC zwei Sitze und die SRP gar sieben Parlamentssitze mehr gewonnen hätte (vgl. Tabelle 1). Eine diesbezügliche Gesetzesänderung würde dem Parlament obliegen, wurde aber weder von der SRP noch FUNCINPEC vor den Wahlen gefordert. Lediglich einige Kleinparteien klagten, dass das Berechnungsverfahren sie benachteiligen würde. Allerdings hätten diese Parteien dieses Mal auch mit einem anderen Verfahren keine Parlamentssitze gewonnen.²³ Fraglich ist auch, ob eine Mehrheit für eine Reform des Berechnungsverfahrens im kambodschanischen Parlament zu finden wäre, da dies den Interessen der stimmenstärksten Partei CPP widersprechen würde. Eine Alternative zum derzeit bestehenden Wahlsystem wäre das von der UN für die Parlamentswahlen 1993 eingeführte Great-Reminder-System, das die Sitze gemäß den Stimmanteilen auf nationaler Ebene und nicht auf Wahlkreisebene berechnet, um so eine proportionalere Sitzverteilung nach Wählerstimmen zu erreichen.²⁴

Für die Parlamentswahlen 2003 registrierten sich insgesamt 22 Parteien. Durch eine Erhöhung der Registrierungsgebühr wurde die Zahl der Parteien gegenüber den Parlamentswahlen 1998 deutlich gesenkt. Damals konkurrierten noch 36 Parteien um die Stimmen der Wähler. Dies hatte dazu geführt, dass im staatlichen Fernsehen ein Werbespot nach dem anderen ge-

²² Gallup, Jeffrey, a. a. O., S. 58/59

²³ Vgl. EUEOM, a. a. O., S. 8

²⁴ Gallup, Jeffrey, a. a. O., S. 59

sendet wurde, mit dem Ergebnis, dass diese weniger zur Aufklärung als vielmehr zur Konfusion über die Vielzahl an Parteien bei Kambodschas Wählern führte. Dennoch kann die hohe Zahl an registrierten Parteien auch positiv gewertet werden, sind sie doch auch Zeichen dafür, dass sich eine plurale politische Öffentlichkeit in Kambodscha zu etablieren beginnt.²⁵

Wahlergebnisse

Die politische Atmosphäre am Wahltag war zwar im Vergleich zu den früheren Parlamentswahlen 1993 und 1998 weniger angespannt, wie alle großen nationalen und internationalen Wahlbeobachterorganisationen und viele nationale und internationale Presseberichte bestätigten. Auch versprach Premierminister Hun Sen, mit einem Aufgebot von 30.000 Polizisten für einen sicheren und ruhigen Wahltag zu sorgen.²⁶ Ob allerdings das von der Regierungspartei CPP dominierte Innenministerium dadurch das Vertrauen bei den Wählern gewinnen konnte, war allein schon durch die Vielzahl ungeklärter Mordfälle im Vorfeld der Parlamentswahlen in Frage gestellt. Kurz vor dem Wahltag trug die Ankündigung des Polizeidirektors von Phnom Penh, Hok Lundy, er würde Demonstrationen der Opposition gegen die Wahlergebnisse mit aller Härte begegnen, bei Teilen der kambodschanischen Bevölkerung weiter zu dem Eindruck bei, dass sich die Sicherheitskräfte in politischen Fragen nicht neutral verhalten werden.²⁷

Vertrauen in den Wahlprozess versprach demgegenüber die massive Präsenz von nationalen und internationalen Wahlbeobachtern. Rund 31.000 Wahlbeobachter von internationalen und nationalen Organisationen neben Wahlbeobachtern aller größeren Parteien waren im Einsatz, um den korrekten Ablauf der Wahl zu sichern.²⁸ Angesichts dieser starken Präsenz von Wahlbeobachtern verlief die Wahl selbst ausgesprochen ruhig. Nur sehr wenige Zwischenfälle wurden berichtet, die von formalen Irregularitäten in den Wahlstationen bis zu minderen Fällen von Wählereinschüchterung reichten. Die nationalen und internationalen Wahlbeobachter sprachen von Fortschritten bei der Durchführung der Parlamentswahlen, auch wenn noch einiges zu tun sei auf dem Weg zu einer vollwertigen Demokratie.²⁹

²⁵ Vgl. EUEOM, a. a. O., S. 14

²⁶ Vgl. Phnom Penh Post, Vol. 12, No. 12, 6.–9.6.2003, a. a. O.

²⁷ Vgl. Phnom Penh Post, Vol. 12, No. 15, 18.7.–31.7.2003, a. a. O.

²⁸ Vgl. The Mirror, No. 327, 27.7.–2.8.2003, a. a. O.

²⁹ Vgl. EUEOM: Press Statement, 30.7.2003, Phnom Penh, in: http://www.eueom-cambodia2003.org/press_release_english_6.htm

Tabelle 1: Ergebnisse der Parlamentswahlen 1993, 1998 und 2003

Parteien	Stimmen absolut			Stimmen (%)			Parlamentssitze		
	1993	1998	2003	1993	1998	2003	1993	1998	2003
CPP	1.533.471	2.030.790	2.447.259	38,23	41,42	47,35	51	64	73
FUNCINPEC	1.824.188	1.554.405	1.072.313	45,47	31,71	20,75	58	43	26
SRP	–	699.665	1.130.423	–	14,27	21,87	–	15	24
BLDP	152.764	–	–	3,81	–	–	10	–	–
Moulinika	55.107	–	–	1,37	–	–	1	–	–
Andere	–	617.648	532.590	–	12,60	10,03	–	–	–

Quellen: Weidemann, D.; Lulei, W. (Hrsg.): Kambodscha – Innere und äußere Aspekte einer Konfliktregelung, Pfaffenweiler 1998, S. 448; International Foundation for Election Systems (IFES), www.ifes.org/eguide/cambodiares.htm; National Election Commission of Cambodia (NEC); www.ncelect.com

Die Wahlbeteiligung war trotz gewalttätiger Vorkommnisse mit 84% ausgesprochen hoch, auch wenn erstmals ein Rückgang um fast zehn Prozent zu konstatieren war. Noch bei den Parlamentswahlen 1993 und 1998 lag die Wahlbeteiligung bei 90 bzw. 93%. Zum Teil wurde dieser Rückgang mit der höheren Zahl an registrierten Wählern erklärt (2003: 6.342.834; 1998: 5.229.899; 1993: 4.700.000). Die hohe Wahlbeteiligung verdeutlichte jedoch erneut den hohen Stellenwert, der Wahlen von der Bevölkerung Kambodschas zugemessen wird.

Nach Bekanntgabe der ersten Wahlergebnisse am Tag nach der Wahl stellte sich bereits heraus, dass die ex-kommunistische CPP unter Premierminister Hun Sen die Wahlen eindeutig für sich entschieden hatte. Sie gewann gegenüber 1998 fast sechs Prozent hinzu, während die Königspartei FUNCINPEC unter Norodom Ranariddh mit zehn Prozent weniger Wählerstimmen drastisch in der Wählergunst gesunken war. Die oppositionelle Sam Rainsy Partei hatte demgegenüber mit einem Stimmengewinn von rund sechs Prozent weiter an Rückhalt bei der Bevölkerung gewonnen.

Die CPP hat sich als führende politische Kraft des Landes bei rund der Hälfte der Bevölkerung durchsetzen können. Noch bei den Parlamentswahlen 1993 verbuchte die Königspartei FUNCINPEC einen Wahlsieg von über 45%. Im Jahr 1994 spaltete sich jedoch die heute oppositionelle SRP von der FUNCINPEC ab, was der Königspartei viele Wählerstimmen gekostet haben dürfte. Bei den Parlamentswahlen 1998 verlor die FUNCINPEC rund die Hälfte der Stimmen und auch 2003 hat sich dieser Trend nicht nur zu Gunsten der SRP, sondern auch der ex-kommunistischen CPP fortgesetzt. Die FUNCINPEC hatte sich gegenüber ihrem Regierungspartner CPP nicht durchsetzen können, und vieles deutet darauf hin, dass die Verfehlungen der alten Regierungskoalition hauptsächlich ihr angelastet wurden. In der Hauptstadt Phnom Penh hat die Regierungskoalition sogar eine Wahlniederlage hinnehmen müssen. Dort ist die Oppositionspartei SRP stärkste politische Kraft geworden. Sie gewann sechs der zwölf zu vergebenen Parlamentssitze, während die CPP nur auf vier und die FUNCINPEC nur auf zwei Sitze kam. Die deutlichen Wahlgewinne dürfte die SRP vorwiegend Studenten, Lehrern, Textilarbeitern und den wirtschaftlich ärmeren Schichten zu verdanken haben. Auch in anderen urbanen Zentren fühlen sich von der SRP insbesondere jene Bevölkerungsteile angesprochen, welche bisher vom Wiederaufbau des Landes wenig zu spüren bekamen. Ablehnende Haltungen junger Bevölkerungsschichten gegenüber der traditionell monarchischen FUNCINPEC dürften mit ein Grund dafür sein, dass die als progressiv und liberal empfundene, obwohl nationalistische Oppositionspartei SRP deutliche Stimmengewinne verzeichnete. Demgegenüber dürfte insbesondere die CPP, aber auch die FUNCINPEC ihre Wählerstimmen hauptsächlich der mit 80% mehrheitlich ruralen Bevölkerung Kambodschas, den

aufstrebenden Mittelklassen und den Verwaltungs- und Staatsbeamten verdanken, welche von der Politik der letzten Regierungskoalition wirtschaftlich profitierten.

Die Wahlergebnisse wurden von allen politischen Parteien nach der offiziellen Bekanntgabe im August 2003 anerkannt, auch wenn insgesamt 362 Wahlklagen von SRP, CPP und FUNCINPEC bei der Nationalen Wahlkommission eingereicht wurden. Die Klagen stellten allerdings das gesamte Wahlergebnis nicht infrage, wie dies noch bei den Parlamentswahlen 1998 geschehen war. Die Nationale Wahlkommission (NEC) hatte sich im Gegensatz zu den Parlamentswahlen 1998 auf Klagen zum Wahlprozess eingestellt und Verfahrensweisen entwickelt, welche das Vertrauen in die Arbeit der Nationalen Wahlkommission maßgeblich stärkten. Die einzelnen Verfahren zur Behandlung von Wahlklagen sind von der EU positiv hervorgehoben worden.³⁰ Die bedeutendste Klage kam von der SRP, welche Mängel in der Auszählung von Wählerstimmen in zwei Wahlprovinzen beanstandete. Dort hatte sie den Gewinn von Sitzen nur knapp verfehlt. Die Klage wurde jedoch vom NEC und Verfassungsgerichtshof abgelehnt.³¹ Die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes ist von der SRP anerkannt worden und führte nicht wie bei den Parlamentswahlen 1998 zu Straßendemonstrationen und Protesten.³²

Regierungsbildung in der Krise

Trotzdem forderten die SRP und FUNCINPEC den Rücktritt von Premierminister Hun Sen, dem Spitzenkandidaten der CPP. Sie argumentierten, dass Hun Sen schon zu lange im Amt sei und es daher eines politischen Führungswechsels bedürfe – ein Argument, das nicht unbegründet war, besetzte Hun Sen doch seit 1985, mit nur geringen Einschränkungen während der ersten Regierungskoalition zwischen 1993 und 1997, den Posten des Premierministers. Allerdings sprach die siegreiche CPP Hun Sen erneut das

³⁰ Vgl. EUEOM, a. a. O., S. 31; vgl. Fußnote 16

³¹ Vgl. The Mirror, No. 331, 24.8.–30.8.2003, a. a. O.

³² Vgl. The Mirror, No. 335/336, 21.9.–4.10.2003, a. a. O.

Vertrauen als Premierminister aus. Die Rücktrittsforderungen von SRP und FUNCINPEC blockierten in der Folge die Regierungsbildung. Nach der kambodschanischen Verfassung ist eine Regierungsbildung nur mit einer qualitativen Mehrheit von zwei Dritteln der Parlamentssitze möglich. Die CPP konnte aber die Zahl von 82 Parlamentssitzen bei den Wahlen nicht erreichen und war erneut auf einen Koalitionspartner angewiesen. Einen Rücktritt von Premierminister Hun Sen schloss die CPP jedoch aus. SRP und FUNCINPEC einigten sich in der Folge auf ein demokratisches Bündnis, dass gegen die CPP opponierte und eine Regierungsbildung weiter boykottierte.³³ Die CPP musste die konstituierende Parlamentssitzung am 27. September 2003 abbrechen. Um der politischen Pattsituation zu entgehen, kündigte sie an, die Zwei-Drittel-Regelung ändern zu wollen und im Notfall bis zum Einlenken von SRP und FUNCINPEC als Interimsregierung im Amt zu verbleiben. Noch 1993 war es die CPP selbst, welche die Zwei-Drittel-Regelung eingeführt hatte, um zu verhindern, dass sie an zukünftigen Regierungen nicht beteiligt wird. Nun ist diese Regelung für die CPP selbst zum Stolperstein geworden.

Auch die Intervention von König Norodom Sihanouk, der sich zunächst weigerte, zwischen den politischen Kontrahenten zu vermitteln, hatte zwar im Herbst 2003 erste Erfolge gezeitigt, wurde aber abrupt unterbrochen, als es zu einer neuen Mordserie kam. Insgesamt wurden sechs Mitglieder der SRP und FUNCINPEC ermordet.³⁴ Im Januar 2004 eskalierte die Mordserie mit der Ermordung Chea Vicheas, dem Präsidenten der größten oppositionellen Gewerkschaft des Landes mit 35.000 Mitgliedern. Seinem Begräbnis wohnten 10.000 Kambodschaner in Phnom Penh bei.³⁵

Eine politische Destabilisierung des Landes blieb jedoch trotz der Morde und der mehrmonatigen Verzögerung der Regierungsbildung aus. Militär und Sicherheitskräfte hatten sich bereits kurz nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse hinter den Wahlsieger CPP gestellt und Premierminister Hun Sen das Vertrauen ausgesprochen.³⁶ Ende Januar 2004 kündigten SRP, FUNCINPEC und CPP dann doch überraschend an, dass sie sich auf eine All-Parteien-Regierung einigen wollen. Die CPP habe den Kompromissvorschlägen der demokratischen Allianz zugestimmt, nach welcher Premierminister Hun Sen mit seiner Machtfülle stärker an die stellvertretenden Ministerpräsidenten

³³ Vgl. The Mirror, No. 327 und 328, 27.7.–9.8.2003, a. a. O.

³⁴ Vgl. The Mirror, No. 339, 19.10.–25.10.2003, und No. 351, 11.1.–17.1.2004, a. a. O.

³⁵ Vgl. BBC, Cambodian union boss shot dead, 22.1.2004, in: news.bbc.co.uk/asia-pacific/3418821.stm

³⁶ ABC Radio Australia News: Hun Sen reassured of police and army backing, 1.9.2003, in: www.abc.net.au/asiapacific/news/GoAsiaPacificBNA_935861.htm

und das Parlament mittels konsensueller Verfahren angebunden werden sollte.³⁷ Kommt es zu keiner Einigung, fordern SRP und FUNCINPEC allerdings Neuwahlen. Die Regierungsbildung stand im April 2004, neun Monate nach den Parlamentswahlen, noch immer aus.

Schlussfolgerungen

Die Parlamentswahlen 2003 zeigten Fortschritte in der Organisation und Durchführung. Befürchtungen, dass angesichts der Erfahrungen vergangener Parlamentswahlen eine erneute politische Destabilisierung bis hin zu einem Wiederaufflammen des Bürgerkrieges eintreten könnte, bewahrheiteten sich nicht, obwohl die politischen Rahmenbedingungen im Wahljahr 2003 wegen der anti-thailändischen Ausschreitungen, der schlechten Wirtschaftslage und der zahlreichen ungeklärten Mordserien sehr ungünstig waren. Von demokratischen Wahlen konnte jedoch angesichts der Gewalttätigkeiten nicht gesprochen werden. Ebenso dürften weitere Reformen des Wahlverfahrens im Hinblick auf eine größere Neutralität der Medien und der Wahlkommissionen der Provinzen und Kommunen, sowie auf eine ausgewogenere Berechnung der Sitzverteilung im Parlament und in den Wahlkreisen für die nächsten Parlamentswahlen 2008 notwendig werden.

Wie die Entwicklung nach den Parlamentswahlen gezeigt hat, ist die von der kambodschanischen Verfassung vorgeschriebene Zwei-Drittel-Regelung ein wesentliches Hemmnis für eine rasche und effiziente Regierungsbildung. Zwar hat diese Regelung den entscheidenden Vorteil, dass CPP, SRP und FUNCINPEC in Koalitionsregierungen zu politischer Zusammenarbeit gezwungen sind und damit die Aussöhnung zwischen den ehemaligen Bürgerkriegskontrahenten fördern könnte, doch ging dies bisher auf Kosten einer zügigen Regierungsbildung und hat zu keiner Befriedung der politischen Konflikte geführt. Der nun angestrebte politische Kompromiss einer All-Parteien-Regierung könnte in diesem Zusammenhang eine zum Ziel führende Alternative zu einer Neuwahl darstellen, wie dies auch nach den Parlamentswahlen 1993 der Fall war. Denn ob eine Neuwahl andere Ergebnisse bringen würde, ist angesichts der eindeutigen Wahlergebnisse der letzten Parlamentswahlen fraglich. Auch könnte die Zwei-Drittel-Regelung die Regierungsbildung erneut blockieren. Das Zustandekommen einer All-Parteien-Regierung würde allerdings dem demokratischen Grundgedanken einer Kontrollfunktion durch eine starke Oppositionspartei widersprechen. Diese

³⁷ Vgl. *The Mirror*, No. 351, 11.01.–17.01.2004, a. a. O.

Kontrollfunktion könnte jedoch auch innerhalb einer All-Parteien-Regierung von den einzelnen Koalitionspartnern wahrgenommen werden.

Auch für die nächsten Parlamentswahlen wird sich erneut die Frage stellen, ob der politische Wettbewerb um die Regierungsbildung und damit eine konfliktorientierte Politik zwischen den ehemaligen Bürgerkriegskontrahenten den Prozess der Friedenskonsolidierung in Kambodscha fördern wird. Die letzten Parlamentswahlen haben dies nicht vermocht. 2003 war für Kambodscha ein Jahr der Krise, die die 1998 eingeleitete politische Stabilisierung erneut gefährdet hat.

1. Introduction: Pacific coast between globalization and crisis

Third World tourism, the tourism from the industrial countries of the North to the tropical periphery of the South, is on the increase (World Tourism Organization 2001). With a share of 14.3% (1998) of international tourism, its economic and socio-cultural impact is fully realized nowadays. The further the distance, the higher the social value and prestige derived from trips to less developed countries (Vorländer 1996). However, the international tourism is an increasingly number of violent terrorist attacks on tourists and tourism infrastructure (Bali, Jakarta - Indonesia, Cairo, Luxor - Egypt, Dhaka - Thailand) still remains to be seen. The paper focuses on the consequences of the Asian economic crisis of the late 1990s on regional tourism. The regional transformation of overseas travel in the aftermath of the World Trade Center drama of September 11, 2001, whose long term impact still cannot be accurately statistically assessed, has been deliberately ignored. Apparently, the emphasis for (well-marketed) 'unspoiled exotic' continues to constitute an indispensable factor of today's Western leisure sector.

Whenever viable, Third World governments have been actively pursuing tourism growth in their countries. They are particularly interested in international tourism (McDonnell & Darcy 1996), believing that it brings them numerous economic benefits including employment opportunities, rural tourism development, and foreign exchange earnings. They tend to assume that huge money is earned by attracting tourists who can afford luxury goods and services, despite the fact that this often leads to a country's dependence on imported products, foreign investment, and expatriate skills, resulting in repatriation of resultant profits (Banko 1997). But these financial benefits received from luxury tourism developments in the Third World very rarely "trickle down" to be of any significance to people at grassroots level.